



Vorlage KuSA_33/2017
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und Schulaus-
schusses am 10.11.2017

mit 9 Anlagen

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

Sachstandsbericht Europaangelegenheiten

Turnusmäßig berichten wir im Kultur-, Schul- und Europaausschuss über aktuelle Entwicklungen und Vorgänge auf europäischer Ebene, die den Landkreis Ludwigsburg betreffen.

I. Vorschläge des französischen Präsidenten zu einer Neuausrichtung Europas

Die Überlegungen und Diskussionen zur zukünftigen Ausrichtung der Europäischen Union und allgemein zur Zukunft Europas sind wichtig und entwickeln eine eigene Dynamik vor dem Hintergrund der hinter uns liegenden Wahlen in den Mitgliedsländern. Dies liegt nicht nur an der weltpolitisch zunehmend unsicheren Lage, sei es durch die neuesten Entwicklungen in der Türkei, in den USA oder in direkten Nachbarländern wie Österreich. Auch Themen aus dem Inneren der EU, wie die trotz Zeitdrucks zähen und bisher ergebnisarmen Verhandlungen zum Brexit, bewirken einen „Bewusstseinswandel“ – eine spürbare und baldige Veränderung ist notwendig! Die Stimmung in Europa bessert sich. Sie ist allerdings keine Honorierung des Erreichten, sondern vielmehr Ausdruck großer Hoffnungen und Erwartungen in Europa.

Europa wird in der öffentlichen Diskussion immer mehr und deutlicher thematisiert, was an sich gut ist. Wichtig ist nun, dass die Akteure die richtigen Schlüsse ziehen und es vor allem nicht nur bei den Diskussionen belassen, sondern diesen konkrete Handlungsschritte folgen lassen. Dramatisch gesagt: Durch schöne und innovative Reden allein ist der Fortbestand des europäischen Projekts noch nicht gesichert.

Einen radikalen Vorstoß in diese Richtung hat der französische Präsident, Emmanuel Macron, unternommen. Er fordert den grundlegenden Umbau der EU und sieht als Motor hierfür besonders das deutsch-französische Tandem in der Pflicht. Seine Vorschläge, die in die richtige Richtung weisen und einen Aufbruch für Europa darstellen können, wurden bisher von deutscher Seite kaum kommentiert.

Der Grund hierfür ist der Ausgang der Bundestagswahl und die nun anstehenden Koalitionsverhandlungen, die im Moment keine Zusagen für eine konkrete Zusammenarbeit erlauben. Dennoch ist es wichtig, die Vorschläge des französischen Präsidenten nicht zu lange unkommentiert zu lassen. Schließlich sind seine Vorschläge überlegenswert und eine Perspektive für die Weiterentwicklung der Europäischen Union.

Macron proklamiert eine Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und eine verstärkte europäische Integration. Er fordert eine Neuausrichtung Europas. Einige seiner radikalen und bisweilen mutigen Ansätze lauten: Einen eigenen Haushalt für die Eurozone sowie einen europäischen Finanzminister, ein europäisches Asylamt, eine gemeinsame europäische Steuer, ein neues Kreditprogramm für Mittelständler und Kleinbetriebe zur Digitalisierung, Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. Einige Punkte in diese Richtung, etwa eine einheitlichere Besteuerung von Großunternehmen innerhalb Europas, konnten schon auf den Weg gebracht werden. Zu diesem Thema finden Sie als Hintergrundinformation verschiedene Presseartikel in **Anlage 1 bis 8**.

Gerade mit Blick auf aktuelle politische Entwicklungen und die Europawahl 2019 sollten auch wir uns schon heute überlegen, welches Europa wir in Zukunft möchten und vor allem welche Möglichkeiten wir als Bürgerinnen und Bürger haben, uns dafür aktiv einzusetzen. Wir müssen in diesem Prozess möglichst viele Menschen mitnehmen und eine Vision entwickeln, wie unser Europa künftig aussehen soll.

II. Aktivitäten des RGRE und des CEMR

Auch der RGRE (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) sowie sein europäischer Dachverband, der CEMR (Council of European Municipalities and Regions), befassen sich intensiv mit der Zukunft Europas. Die Resolution der deutschen Sektion des RGRE zu diesem Thema haben wir Ihnen im Juni zur Kenntnis gegeben. Als **Anlage 9** möchten wir Ihnen hiermit auch noch das Papier des CEMR in der deutschen Übersetzung zur Kenntnis bringen, das die Mitglieder des Policy Committee (Europäischer Hauptausschuss des CEMR) in ihrer Sitzung im Juni 2017 auf der griechischen Insel Chios verabschiedet haben.

Landrat Dr. Haas hat in letzter Zeit an Sitzungen sowohl der Deutschen Sektion des RGRE (in seiner Funktion als einer der Vizepräsidenten) als auch des CEMR (in seiner Funktion als Co-Präsident) teilgenommen und engagiert sich damit auf nationaler und europäischer Ebene für die Interessen der Kommunen im europäischen Gefüge. Themen waren u.a. strukturelle und organisatorische Fragen, wie die deutlichere Wahrnehmbarkeit von kommunalen Interessen in europäischen Entscheidungsprozessen sowie die stärkere Zusammenarbeit mit einzelnen nationalen Sektionen im RGRE. Ferner ging es hinsichtlich politischer Fragen um eine möglichst einheitliche Positionierung zur Zukunft Europas.

Für nächstes Jahr steht neben Sitzungen auch eine große Konferenz des CEMR Mitte Juni im spanischen Bilbao an zu den Themen „Gleichberechtigung, Vielfalt, Einbindung“ (Equality, Diversity, Inclusion). Die Veranstaltung in Bilbao soll insbesondere den Kommunen, die die „Europäische Charta zur Gleichstellung von Männern und Frauen auf kommunaler und regionaler Ebene“ unterzeichnet haben, die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch geben. Dieser vom CEMR initiierte und im Rahmen des Ausschusses gewählter VertreterInnen lokaler und regionaler Behörden erarbeitete Text ist im Jahr 2006 vom Policy Committee gebilligt worden und zählt inzwischen rund 1.600 Unterzeichnerkommunen in 33 europäischen Ländern.

In Deutschland haben 47 Kommunen die Charta unterzeichnet (die Liste ist auf der Internetseite des RGRE unter www.rgre.de einsehbar). Die Deutsche Sektion des RGRE unterstützt die Arbeit der deutschen Unterzeichnerkommunen mit nationalen Konferenzen zur Umsetzung der Charta.

Der Landkreis Ludwigsburg plant, mit einer Delegation an der Konferenz teilzunehmen. Erste Informationen finden Sie unter <https://cemrbilbao2018.eu/index.php/en/> im Internet. Wir werden mit weiteren Details auf Sie zukommen.

III. Junges Europäisches Parlament am 13.11.2017 im Kreishaus

Am 13.11.2017 organisiert der Kreisverband Ludwigsburg der Jungen Europäer – JEF Ludwigsburg – in Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Jungen Europäer – JEF Baden-Württemberg –, also der Jugendverband der Europa-Union (EUD), die Veranstaltung „Junges Europäisches Parlament“. Sie findet ganztägig im Kreishaus statt und richtet sich an Schülerinnen und Schüler aus dem Landkreis, die eingeladen sind, einzeln oder als Klassen daran teilzunehmen. Es geht dabei um ein Planspiel zu einem bestimmten europäischen Thema, in diesem Fall zur Asyl- und Migrationspolitik der Europäischen Union. Dadurch sollen Prozesse und das Zustandekommen von europäischen Entscheidungen auch für Jugendliche verständlich, erlebbar und damit nachvollziehbar gemacht werden.

Die Veranstaltung hat auf Landesebene bereits im Mai im Stuttgarter Landtag stattgefunden. Ziel der JEF ist es nun, ihr Anliegen auch in die Landkreise zu tragen. Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft des Ministers der Justiz und für Europa. Guido Wolf MdL wird daher zur Eröffnung und Leitung der (fiktiven) Plenardebatte im Rahmen des Planspiels am Montag, 13. November 2017 um 15.00 Uhr ins Ludwigsburger Kreishaus kommen.

Die Mitglieder des Kultur- und Schulausschusses sind herzlich eingeladen, ebenfalls am 13. November 2017 und 15 Uhr im Kreishaus dabei zu sein und die abschließende Plenardebatte mit dem baden-württembergischen Europaminister als Gäste zu verfolgen.

IV. EU-Förderprogramm „Wifi4EU“

Die Europäische Kommission hat sich im Rahmen von Fragen zur Digitalisierung auch mit den öffentlichen WLAN-Zugängen befasst und zur Förderung derselben einen Vorschlag erarbeitet. Das Förderprogramm „Wifi4EU“ soll drahtlose Internetzugangspunkte in europäischen Kommunen mit insgesamt 120 Millionen Euro fördern und sich besonders an ländliche Regionen richten. Eine geografisch ausgewogene Verteilung ist angedacht. Mitte September hat das Europäische Parlament seinen Standpunkt zu dem Programm beschlossen, Anfang Oktober hat auch der Rat der EU die Verordnung angenommen. Der genaue Ablauf des Antragsverfahrens ist noch nicht klar, allerdings hat die Kommission angekündigt, die Anträge primär nach ihrem zeitlichen Eingang zu bewerten („Windhundprinzip“).

Der Aufruf für die Förderung der etwa 6.000 bis 8.000 WLAN-Zugänge kann wie geplant Ende 2017 bzw. Anfang 2018 starten. Entgegen des ursprünglichen Vorschlags der Kommission wird die Gruppe der zulässigen Bewerber auf solche öffentlichen Stellen begrenzt, die unter die Definition des Artikels 3 Nr. 1 der Richtlinie fallen.

Damit werden die meisten Stadtwerke und kommunalen Unternehmen als Antragsteller ausscheiden, sie können aber von ihrer jeweiligen Kommune mit dem Betrieb des Zugangspunktes betraut werden. Keine Förderung ist möglich, wenn sich der Zugangspunkt mit vorhandenen privaten oder öffentlichen Angeboten in derselben Örtlichkeit überschneidet. Die Förderung umfasst ausschließlich die Investitionskosten, die Betriebskosten muss die Kommune selbst leisten.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme